

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in der vergangenen parlamentarischen Sitzungswoche geben, der letzten im ersten parlamentarischen Halbjahr dieses Jahres, die bis in die späten Abendstunden des Freitags andauerte. Dabei informiere ich Sie über die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der Verabschiedung des ESM und des Fiskalpaktes, die erste Lesung zur Einführung des Betreuungsgeldes, das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie über das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. ESM und Fiskalpakt beschlossen
2. Erste Lesung Betreuungsgeld
3. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus
4. Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung
5. Relevantes aus Mannheim und der Region





## **1. ESM und Fiskalpakt beschlossen**

Am späten Freitagabend haben wir im Bundestag mit Zweidrittel-Mehrheit den permanenten europäischen Rettungsschirm ESM und den Fiskalvertrag beschlossen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung für die Annahme beider Verträge geworben. Die Zustimmung sei ein wichtiges Signal, dass Europa für uns unsere Zukunft bedeutet. Die Bundeskanzlerin berichtete auch über den unmittelbar vorangegangenen EU-Gipfel in Brüssel, der weitere Beschlüsse zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone getroffen hatte. Sie betonte, dass die Umsetzung dieser Beschlüsse aber nicht unmittelbar bevorstehe, sondern in jedem Einzelfall eine weitere Befassung des Bundestages erfordere. Die nachfolgende Debatte im Plenum, in der ausführlich über ESM und Fiskalpakt diskutiert wurde, dauerte fast drei Stunden.

Während der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) Hilfgelder für verschuldete Euro-Staaten zur Verfügung stellt, verpflichtet der Fiskalpakt die 25 Teilnehmerländer zur Umsetzung einer nationalen Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Beide Verträge stellten die rechtliche Verknüpfung zwischen Solidität und Solidarität dar, sagte die Kanzlerin. Hilfen an notleidende Euro-Mitglieder würden nur dann gewährt, wenn sie den Fiskalvertrag zu Hause auch umsetzten. „Mit diesen Verträgen machen wir unumkehrbare Schritte hin zu einer nachhaltigen Stabilitätsunion“, sagte Merkel. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von wegweisenden und existenziellen Beschlüssen für Europa.

Damit die für den Fiskalvertrag notwendige und für den ESM gewünschte Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag zustande kam, hatte sich die christlich-liberale Koalition zuvor mit SPD und Grünen darauf verständigt, sich in Brüssel für ein Wachstumspaket und für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Merkel meldete nach dem Gipfel Vollzug: Das Wachstumspaket im Umfang von 120 Milliarden Euro oder einem Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts hatten die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen. Für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer fanden sich neun EU-Staaten, die im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit voranschreiten wollen. Es sei richtig, dass der Finanzsektor, der die gegenwärtige Krise mit verursacht habe, „auch einen Beitrag zur Überwindung dieser Krise leisten“ müsse.

## **2. Erste Lesung eines Gesetzes zur Einführung des Betreuungsgeldes**

Am Donnerstag begann das Plenum mit der ersten Lesung eines Gesetzes zur Einführung des Betreuungsgeldes, mit dem die in der vergangenen Wahlperiode begonnene Verbesserung der Betreuungsleistungen für Kinder unter drei Jahren fortgesetzt werden soll. Nach dem Ausbau der Kita-Plätze und der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz schaffen die Koalitionsfraktionen ab dem Jahr 2013 einen Zuschuss von 100 Euro monatlich für jedes Kleinkind außerhalb öffentlicher Kitas, der im Jahr 2014 auf 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr erhöht wird. Die Mittel werden durch Einsparungen an anderer Stelle im Bundeshaushalt gegenfinanziert.



### **3. Verabschiedung „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechts- extremismus“**

Mit der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus wurde die Rechtsgrundlage für die Einrichtung einer gemeinsamen standardisierten zentralen Datei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern geschaffen. Mit diesem Instrument, das durch das Bundeskriminalamt (BKA) zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus betreut wird, wird eine deutliche Verbesserung der Möglichkeiten im Kampf gegen den gewaltbereiten Rechtsextremismus erreicht. Die Arbeit des schon bestehenden „Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums Rechts“ wird hierdurch nicht nur sinnvoll ergänzt, sondern maßgeblich verstärkt.

### **4. Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung**

Ebenfalls in dieser Woche wurde das Pflege-Neuausrichtungsgesetz beschlossen. 500.000 Menschen mit Demenzerkrankung erhalten somit erstmals Leistungen der Pflegeversicherung. Damit die Pflege zu Hause weiter Vorrang vor der Pflege im Heim hat, setzen die Koalitionsfraktionen einen Schwerpunkt bei den pflegenden Angehörigen und ihren Familien. Die Pflegebedürftigen lassen sich lieber in vertrauter Umgebung und von vertrauten Menschen pflegen. Das ist ein Stück Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Somit wird der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gestärkt, der seit Einführung der Sozialen Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre existiert. Nun werden pflegenden Angehörigen erstmals Auszeiten ermöglicht. Wer mehrere Pflegebedürftige pflegt, darf bei der Rente nicht schlechter gestellt werden. Auch das wird künftig berücksichtigt. Das Leistungsangebot der ambulanten Pflegedienste wird um häusliche Betreuungsleistungen erweitert. Pflegebedürftige und Pflegekräfte werden künftig mitreden, auch bei der Bewertung und Einstufung der Pflege. Pflegebedürftige entscheiden künftig selbstbestimmt, was für sie beste Hilfe und Pflege ist. Es wird mehr Flexibilität geschaffen, um von einem starren Minutenkorsett in der Pflege wegzukommen. Der Grundsatz „Wiederherstellung vor Pflege“ wird nachhaltig umgesetzt. Neue Wohnformen entstehen. Versicherte werden nicht alleingelassen, sondern frühzeitig beraten – mit verbesserter Rechtssicherheit. In Pflegeheimen wird die ärztliche und zahnärztliche Versorgung auf eine neue, sichere Grundlage gestellt. Die mit der Beitragssatzerhöhung ab 2013 erzielten Mehreinnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro sind gut angelegt. Sie werden nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern dort eingesetzt, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird: bei den pflegenden Angehörigen und ihren Familien.

### **3. Relevantes für Mannheim und die Region**

#### Einsatz für den Erhalt des Wasser- und Schiffsamtes Mannheim

Ich habe mich in einem Schreiben an den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer MdB, für den Erhalt des Wasser- und Schiffsamtes Mannheim eingesetzt. Im Rahmen der Reform der Wasser- und Schiffsverwaltung des Bundes soll es künftig nur noch 30 anstelle der bisher 39 Wasser- und Schiffsämter geben. Hierbei spreche ich mich nicht generell gegen eine Verschlingung der Verwaltung aus, habe aber dem Minister mein Unverständnis kundgetan, dass Mannheim mit dem



zweitgrößten Binnenhafen Deutschlands und als eines der wichtigsten Logistik-Zentren Süddeutschlands kein eigenes Wasser- und Schiffsamt mehr haben soll. Die Reformpläne sehen für Mannheim nur noch eine Außenstelle vor, das zuständige Wasser- und Schiffsamt soll in Freiburg beheimatet sein. Im Hinblick auf die erst kürzlich beschlossenen Investitionen der Wasser- und Schiffsverwaltung des Bundes in den Ausbau der Container-Umschlagsanlage im Mühlauhafen in Höhe von 19,6 Millionen Euro wäre eine solche Entscheidung nicht nachvollziehbar. Der Hafen ist Mannheims Tor zur Welt. Seine Bedeutung für die Stadt, die Metropolregion und den gesamten Südwesten ist überragend. Mir ist unverständlich, wie man überhaupt auf die Idee kommt, die dazugehörige Verwaltung von einem solchen Knotenpunkt zu trennen. Die Sprecher meiner Fraktion im Haushaltsausschuss und im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages habe ich in einem Brief aufgefordert, diesen Kahlschlag nicht mitzumachen.

## Bund fördert Mannheimer Hochschulen

Gleich zwei Hochschulprojekte in Mannheim werden mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Dies teilte mir die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan MdB, mit. Die Universität Mannheim erhält zwischen dem 1. April 2012 und dem 31. Dezember 2016 eine Zuwendung in Höhe von 8.272.068 Euro. Die Medizinische Fakultät Mannheim der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg wird ab dem Sommersemester 2012 bis Ende 2016 mit insgesamt 2.597.751 Euro gefördert. Die Investitionen sind Teil der Fördermaßnahme „Qualitätspakt Lehre“, mit dem der Bund ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Personalausstattung, zur Personalqualifizierung und zur Weiterentwicklung der Lehrqualität an den Hochschulen fördert.

Im Rahmen des geförderten Projekts an der Hochschule Mannheim wird unter Leitung des Koordinators Prof. Dr. Herrmann G. Ebner ein Ausbau der internationalen Ausrichtung der Institution angestrebt. Unter anderem soll das Lehrangebot in englischer Sprache ausgeweitet und die Austauschprogramme mit Partneruniversitäten weltweit sollen intensiviert werden. Das Verbundprojekt, an dem die Medizinische Fakultät Mannheim gemeinsam mit den Fachbereichen in Freiburg, Tübingen und Heidelberg teilnimmt, hat zum Ziel, die medizinische Ausbildung stärker an der Berufspraxis auszurichten. Ich freue mich sehr, dass gleich zwei Lehrinrichtungen in Mannheim den Zuschlag für diese Bundesmittel erhalten haben. Diese Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unterstreicht die Qualität des Hochschulstandortes Mannheim. Ein Studium in Mannheim bietet den Studierenden sehr gute Berufschancen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)